

Sachdokumentation:

Signatur: DS 332

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/332



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Extreme Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» stellt Produktion und Konsum von Fleisch infrage

Am 25. September 2016 kommt die Initiative¹ «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei zur Abstimmung. Diese will in der Verfassung eine rigorose Kreislaufwirtschaft festschreiben. Als langfristiges Ziel muss die Schweiz bis ins Jahr 2050 ihren Ressourcenverbrauch um mehr als 65 Prozent reduzieren. Bund, Kantone und Gemeinden sind dabei verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen. Bundesrat² und Parlament erachten die Vorlage als «nicht umsetzbar» und lehnen sie deshalb ab.

Ernährung verursacht rund einen Drittel der Umweltbelastung

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren – also was täglich auf unserem Teller oder in unserem Glas landet –, beeinflusst den Ressourcenverbrauch der Schweiz massgebend. Ein vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) in Auftrag gegebener Studienbericht³ schätzt den Anteil an der schweizerischen Gesamtumweltbelastung auf 28 Prozent. Der WWF spricht gar von bis zu 31 Prozent. Damit ist die «Ernährung» bei Annahme der Vorlage neben der «Mobilität» und dem «Wohnen» einer der drei am stärksten betroffenen Lebensbereiche. Innerhalb des Bereichs «Ernährung» fallen insbesondere Produkte tierischen Ursprungs – wie Fleisch, Fisch, Milch und Eier – stark ins Gewicht (rund 44 Prozent). Denn diese benötigen bei der Herstellung sehr viel Energie und Ressourcen. Daneben sind in Bezug auf die Umwelt auch diverse Getränke – insbesondere Wein, Kaffee und Bier – von grosser Bedeutung.

Weitreichende Folgen für Menschen, Bauern und Unternehmen

Mit Annahme der Initiative sind extreme Umstellungen seitens der Privatpersonen, Bauernbetriebe und Unternehmen unausweichlich. Es muss vorgeschrieben werden, was „richtige“ und was „falsche“ Produkte sind. Die **Nahrungsmittelpreise müssen (weiter) verteuert werden**,⁴ um der Lebensmittelverschwendung («Food Waste») entgegenzuwirken. Ausserdem muss der **Konsum tierischer Erzeugnisse stark reduziert** werden. Deshalb zielen neue Lenkungsabgaben auf die Vertéuerung proteinhaltiger Lebensmittel. **Dasselbe droht importierten Waren** aus Asien, Afrika und Amerika. Schliesslich muss auch die **Schweizer Landwirtschaft strikt auf die Produktion der „richtigen“ Lebensmittel umgebaut werden**. Betroffen ist ebenfalls die gesamte Nahrungsmittelindustrie vom lokalen Metzger bis zu Weinkellereien.



Abb. 1: ökologischer Fussabdruck gemäss dem WWF.



¹ Initiativtext: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis402t.html>

² Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1818.

³ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung.

⁴ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 44.

Verzicht auf Fleisch notwendig

Mit welchen konkreten Massnahmen die Volksinitiative umgesetzt wird, lässt der Initiativtext offen. Im Rahmen der Botschaft hat das BAFU die Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF»⁵ erstellt, die notwendige regulatorische Ansatzpunkte auflistet, um das radikale Initiativziel zu erreichen.

Auszug einzelner Massnahmen im Handlungsfeld «Ernährung»	
Massnahmen	- Verteuerung der Lebensmittel, um Lebensmittelabfälle (Food Waste) zu vermeiden - Senkung des persönlichen Konsums von Lebensmitteln mit hoher Umweltbelastung - ressourcenschonende Anbau- und Produktionsmethoden in der Landwirtschaft (Ökologisierung)
Neue Instrumente	- Gesamtstrategie zur Reduktion von Food Waste (Produktion, Verkauf, Nutzung) - dauerhaftes Bildungsprogramm zum Thema Food Waste - Lenkungsabgaben auf Lebensmittel mit hoher Umweltbelastung
Ausbau bestehender Instrumente	- Fördern von biologisch, regional und saisonal angebauten Nahrungsmitteln - Produkteinformation zur Umweltbelastung (z.B. Etikettierungsvorschriften)
Quelle: Studie RessourcenEFFizienz Schweiz REFF: Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 44	

Der Bundesrat geht in seiner Botschaft⁶ gar einen Schritt weiter:

«Im Bereich Ernährung und Landwirtschaft müssten die bisherigen Anstrengungen zur Ökologisierung deutlich verstärkt werden, z.B. hinsichtlich der Sortimentsgestaltung im Detailhandel und in der Gastronomie, hinsichtlich des Imports von Lebens- und Futtermitteln, des Einsatzes von Düngern und Pflanzenschutzmitteln, der Reduktion von Treibhausgasen, Schadstoffeinträgen in Böden und Gewässern und hinsichtlich der Verbesserungen bei den Biodiversitätsförderflächen in der Landwirtschaft.»

Persönlicher Verzicht und neue Zwangsmassnahmen sind unausweichlich

Die radikale Initiative ist nur dann umsetzbar, wenn jede und jeder hohe Einbussen in seinem individuellen Ess- und Trinkverhalten in Kauf nimmt. Es braucht eine verordnete Umstellung auf eine strikt umweltschonende Ernährung. In besonderem Masse betroffen sind vor allem diejenigen, die gerne Fleisch, Fisch, Käse, Joghurts oder andere Milchprodukte essen. Auch Liebhaberinnen und Liebhaber von Importwaren wie beispielsweise Zitrusfrüchten oder Kaffee sind überdurchschnittlich tangiert. Gesamthaft betrachtet steigen die Preise für die Nahrungsmittel weiter und einige Produkte werden künftig zum Luxus. Das stellt insbesondere den Mittelstand und Familien vor weitere finanzielle Schwierigkeiten. Die Initiative führt zu einer neuen Zweiklassengesellschaft und bevormundet uns alle.

⁵ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung.

⁶ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1837.

Nahrungsmittelindustrie

Die Umsetzung der Vorlage bringt für die gesamte Nahrungsmittelindustrie einschneidende Veränderungen. Neue Vorschriften schränken die Verwendung und den Import von bestimmten Rohstoffen stark ein. Daneben werden die Deklarierungsvorschriften (z.B. Herkunftsangaben) und die Vorschriften für Verpackungen oder Recycling erweitert. Fakt ist: Der Nahrungsmittelausschuss bei der Produktion muss verringert und die Produktions- und Nahrungsmittelverarbeitungsmethoden müssen ressourceneffizienter gestaltet werden.⁷ Die Produktion – und somit auch die Lebensmittelpreise – verteuern sich massiv.

Detailhandel/Gastronomie

Neben höheren Preisen für Lebensmittel wird der Schweizer Detailhandel – aber auch die Gastronomie- und Hotelbetriebe – unter zahlreichen neuen Vorschriften leiden. Gemäss Bundesrat⁸ wird es Vorgaben zur Sortimentsgestaltung und Sammelpflichten geben. Zudem sind erweiterte Produktinformationen (Deklarationen auf Etiketten und Speisekarten) auf Lebensmittel mit hoher Umweltbelastung absehbar. Diese Massnahmen führen zu neuen Handelshemmnissen und einer schwindenden Wettbewerbsfähigkeit.



Einkaufstourismus

Bei einer Verteuierung von Produkten ist mit einer weiteren Steigerung des Einkaufstourismus ins benachbarte Ausland zu rechnen. Das hat weitreichende Auswirkungen auf Schweizer Unternehmerinnen und Unternehmer. Allen voran werden traditionelle Metzgerei- oder Käsereibetriebe sowie kleinere Dorfläden mit Lebensmitteln in ihrer Existenz bedroht. Aber auch die Grossverteiler dürften empfindliche Einbussen erleiden, und mit ihnen auch ihre zahlreichen Geschäftspartner und Zulieferer. Damit verbunden stehen zahlreiche Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Transport

Die Initiative hat nicht nur Auswirkungen auf die Produktion und den Verkauf von Lebensmitteln, sondern auch auf deren Transport. Denn neue lenkungsorientierte Umweltabgaben auf fossilen Treibstoffen und weitere Abgaben und Vorschriften zwingen zur Reduktion der Fahrleistung.⁹ Es kommt zu einer massiven Verteuierung der gesamten motorisierten Mobilität. Die Transportwege (Logistik) werden damit genauso infrage gestellt wie Fahrzeugtypen und Antrieb. Die Initiative löst einen Systemwandel aus, der die Kosten des Transports für Lebensmittelprodukte innerhalb der Wertschöpfungskette stark erhöht. Schweizer Unternehmen müssen hohe Einbussen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit hinnehmen.

Land- und Forstwirtschaft

Die Initiative führt zu einer strikten Ausrichtung auf die „richtigen“ Produkte in der Landwirtschaft. Neue Vorschriften¹⁰ zwingen unter anderem dazu, den Einsatz von Pestiziden, Pflanzenschutz- oder von Düngemitteln massiv einzudämmen. Des Weiteren sind Importauflagen für Futtermittel und Produkte mit hoher Umweltbelastung im Herkunftsland (z.B. Torf) absehbar. Nicht zuletzt wirken auch sämtliche motorisierten landwirtschaftlichen Maschinen umweltverschmutzend. Wird die Initiative angenommen, setzen Reduktionsmassnahmen notwendigerweise ebenfalls in diesem Bereich an. Konkret heisst das: Es kommt zu einem verzerrten Strukturwandel der schweizerischen Landwirtschaft mit steigenden Kosten für Bauernbetriebe. In der Folge verteuern sich auch die Lebensmittel. Das Direktzahlungssystem würde entsprechend angepasst¹¹ und strikt auf die Produktion der „richtigen“ Lebensmittel ausgerichtet.

⁷ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 44.

⁸ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1838.

⁹ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 48.

¹⁰ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 51.

¹¹ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 68.

Exkurs zu den Handlungsmöglichkeiten

Ziel der Initiative ist der «ökologische Fussabdruck Eins» in der Schweiz. Dies entspricht einer Senkung des aktuellen Ressourcenverbrauchs um mindestens zwei Drittel. Gemäss Bundesrat ist aber bereits eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 40 Prozent nur mit äusserst einschneidenden Massnahmen möglich (u.a. in der Energie-, Raumplanungs- oder Waldpolitik). Erschwerend kommt hinzu, dass diese Betrachtungsweise für die Zielsetzung statisch ist. Das heisst, dynamische Grössen wie die Wirtschaftsentwicklung und der Bevölkerungszuwachs bis 2050 weltweit und in der Schweiz fehlen in der

Berechnung. Ebenfalls nicht berücksichtigt wird die Tatsache, dass die «Belastbarkeit der Erde»¹² aufgrund anhaltender Umweltbelastungen weiter sinkt und wegen des Bevölkerungswachstums auch auf mehr Köpfe verteilt werden muss. Folglich muss bei Annahme der Initiative der Ressourcenverbrauch in der dynamischen Betrachtung um weit mehr als 65 Prozent sinken. Ausgeblendet wird ausserdem die Tatsache, dass über 60 Prozent¹³ der durch den Schweizer Konsum verursachten Umweltbelastung im Ausland anfallen. Das begrenzt die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz zusätzlich. Entsprechend fallen die Massnahmen im Inland noch radikaler aus.

VERZICHT AUF KONSUM & WOHLSTAND UNAUSWEICHLICH

	statische Perspektive	dynamische Perspektive
Reduktionsvorschrift durch Volksinitiative	~ 65 Prozent	erheblich grösser
Energiesparmassnahmen (Halbierung des Energieverbrauchs u.a.m.)	~ 20 Prozent	< 20 Prozent
Weitere Massnahmen (Landwirtschaft, Raumplanung, Waldpolitik u.a.m.)	~ 20 Prozent	< 20 Prozent
Nicht erreichbar durch «Effizienzmassnahmen»	~ 25 Prozent	erheblich grösser

Quelle: Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF» des Bundesamts für Umwelt BAFU, Seite IV

Fazit: Eine Senkung des Schweizer Ressourcenverbrauchs um mehr als 65 Prozent ist in jedem Fall zu radikal. Die Folgen wären verheerend: massive Verteuerung der Lebensmittelpreise und eine teure Ausrichtung auf die „richtige“ Produktion in der Landwirtschaft. Ein abrupter und verzerrter Strukturwandel gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens, die gesellschaftlichen Folgen (Zweiklassengesellschaft!) weitreichend. Die Initiative ist ein frontaler Angriff auf unser Portemonnaie und auf unsere persönliche Wahlfreiheit.

Ein deutliches NEIN am 25. September 2016 ist von eminenter Bedeutung für die Schweizer Nahrungsmittelindustrie, die Gastronomie und den Tourismus, die Landwirtschaft, die Transportbranche und letztlich insbesondere für die Konsumentinnen und Konsumenten.

Wir brauchen Sie!

Auch ein kleines Zeichen kann Grosses bewirken.
Machen Sie mit! Tragen Sie sich jetzt ein:

www.gruener-zwang.ch

Volksabstimmung «Grüne Wirtschaft» vom 25. September 2016



Weitere Informationen gibt es auf www.gruener-zwang.ch oder unter team@gruener-zwang.ch.

07. Juni 2016

¹² Der ökologische Fussabdruck hängt von der Biokapazität der Erde ab. Diese sinkt aufgrund des globalen Bevölkerungs- und Wohlstandszuwachses. Damit sinkt automatisch der zulässige ökologische Fussabdruck pro Kopf in der Schweiz. Botschaft des Bundesrats, <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1836.

¹³ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 13.